



Bonus als Wachstums-
 und Beschäftigungsimpuls
Seite 2



Antragslose
 Arbeitnehmerveranlagung
Seite 3

TOP ODER FLOP?

KMU-Investitionszuwachsprämie

Im Jänner 2017 eingeführt und jetzt schon verbraucht: Der Topf für die KMU-Investitionszuwachsprämie (kurz: KMU-IZP) ist für heuer bereits aufgebraucht! Im nächsten Jahr gibt es wieder zusätzliche Mittel.

Eine unglaubliche Geschichte: Im vergangenen Herbst wurde die KMU-IZP 2017/18 vollmundig angekündigt. Seit Jänner 2017 konnte man Förderanträge einreichen ohne die genauen Förderbedingungen zu kennen. Die entsprechenden Förderrichtlinien wurden erst am 7. März veröffentlicht und am 31. März nochmals adaptiert. Und Anfang April war im aws-Newsletter bereits zu lesen, dass der **Topf für heuer ausgeschöpft** ist!

Ab 1. 1. 2018 werden in diesen Topf zusätzlich 87,5 Millionen fließen. Es ist anzunehmen, dass auch dann nach wenigen Wochen wieder kein Geld mehr vorhanden sein wird. Also ist es anzuraten, einen entsprechenden Antrag gleich Jahresanfang 2018 zu stellen.

Um für 2018 gerüstet zu sein, hier wichtige Hinweise als Zusammenfassung:

- Gewerbebetriebe und auch Freiberufler-Betriebe, die in

Österreich tätig sind, sind förderwürdig.

- Die Förderung beträgt **15 %** (bis 50 Mitarbeiter) bzw **10 %** (50 bis 250 Mitarbeiter) des Investitionszuwachses.
- Der Investitionszuwachs muss **mindestens** 50.000,- (bis 50 Mitarbeiter) bzw 100.000,- (50 bis 250 Mitarbeiter) betragen!
- Der Investitionszuwachs errechnet sich aus der/den geplanten Investition(en) im Vergleich zu den in den **letzten drei Jahren** durchschnittlich durchgeführten Investitionen. Dafür benötigt man eine Bestätigung des Steuerberaters.
- Der Förderantrag muss **VOR der Bestellung** eingereicht werden (bei aws oder ÖHT).
- Es gibt pro Jahr **nur einen** einzigen Förderantrag, in dem alle zu fördernden Investitionen bereits genannt sein müssen.

Hinweis

Die KMU-IZP wurde nur für kleine und mittlere Unternehmen eingeführt, das sind Unternehmen bis max 250 Mitarbeiter. Für größere Unternehmen gibt es einen anderen Fördertopf mit ähnlichem Namen „Investitionszuwachsprämie“ und dieser Topf ist noch nicht ausgeschöpft! Gefördert werden dort nur Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeiter und zeitlich nur für Investitionen vom 1.4. bis 31.12.2017!

E-MOBILITÄT

Förderung für Elektro-Kfz für Firmen & Private

72 Millionen Euro stehen im Rahmen des E-Mobilitätspaketes des Bundes und der Importindustrie im heurigen und kommenden Jahr zur Verfügung.

Die Kommunalkredit Public Consulting GmbH (kurz KPC) hat die Abwicklung dieser Förderung übernommen. Ein Blick auf die Homepage lohnt sich, wenn Sie ein Kfz mit reinem Elektroantrieb oder Brennstoffzellenantrieb oder Hybrid-Kfz anschaffen wollen.

Die Förderrichtlinien für Betriebe und für Private sind sehr ähnlich. ■

Inhalt dieser Ausgabe:

KMU-Investitionszuwachsprämie	Seite 1
Förderungen Elektro-Fahrzeuge	Seite 1
Beschäftigungsbonus	Seite 2
Automatische Arbeitnehmerveranlagung	Seite 3
Konterregistereinschau	ab Seite 3
Predictive Analytics	Seite 4
Alle Fragen zu den Themen dieser Ausgabe beantwortet unsere Kanzlei sehr gerne.	

Beschäftigungsbonus

Im aktualisierten Regierungsprogramm findet sich der sog Beschäftigungsbonus als Maßnahme, um der heimischen Wirtschaft einen Wachstums- und Beschäftigungsimpuls zu geben. Ab Juli soll er wirksam werden, grundlegende Umrisse wurden nun bereits bekannt. Details fehlen noch.



Bereits im vergangenen Jahr wurde für Start-up-Unternehmen eine Rückvergütung der Lohnnebenkosten für drei Mitarbeiter für die Dauer von drei Jahren beschlossen, wobei das für besonders innovative und wachstumsstarke Start-ups eingeschränkt gilt.

Ab Juli 2017 wird eine weitere Förderung von Lohnnebenkosten umgesetzt werden, wobei diese Förderung (der sog „Beschäftigungsbonus“) in Form eines Zuschusses für die Schaffung von zusätzlichen vollversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gewährt werden soll. Der Beschäftigungsbonus gilt unabhängig von Branche und Größe des Unternehmens.

Voraussetzungen beim Mitarbeiter

Den Beschäftigungsbonus gibt es nur für zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse, weil der Arbeitsmarkt entlasten werden soll. Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums liegt das nur dann vor wenn

- eine beim **AMS arbeitslos** gemeldete Person oder
- ein **Abgänger** einer österreichischen Bildungseinrichtung (etwa Schule oder Hochschule) oder
- eine in Österreich bereits beschäftigt gewesene Person (sog **Jobwechsler**) eingestellt wird oder
- ein Beschäftigungsverhältnis auf Basis einer „**Rot-Weiß-Rot-Karte**“ besteht.

Im Zeitpunkt der Anmeldung des Dienstnehmers bei der Sozialversicherung (Gebietskrankenkasse) muss das Vorliegen eines der oben angeführten Kriterien nachgewiesen werden können. Dieser Nachweis muss bei der Abrechnung der Förderstelle (aws oder ÖHT) vorgelegt werden.

Administrative Hürden

Nur Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sind förderwürdig, die der Kommunalsteuernpflicht unterliegen oder von dieser speziell befreit sind. Gegenstand der Förderung ist der Ersatz von 50 % der Lohnnebenkosten für zusätzliche Beschäftigte für die Dauer von drei Jahren.

Ab 1. Juli 2017 soll eine Antragstellung möglich sein. Wichtig ist, dass ein entsprechender Antrag bereits vor der Schaffung des ersten zu fördernden Vollzeitäquivalentes erfolgen muss. Dabei muss jedes zu fördernde Beschäftigungsverhältnis vom Unternehmer unmittelbar bei Beginn des Beschäftigungsverhältnisses den Förderagenturen zusätzlich gemeldet werden!! Und das in Zeiten der sog De-regulierung (Vereinfachung).

Voraussetzung im Unternehmen

Der Bonus wird nur für zusätzliche Beschäftigte gewährt. Um förderungswürdig zu sein, muss im Vergleichszeitraum ein Zuwachs an Beschäftigungsverhältnissen von zumindest einem zusätzlichen Vollzeitäquivalent (also zB ein Vollzeitbeschäftigter oder

zwei Halbtagsmitarbeiter) dargestellt werden können. Die Beschäftigungsdauer muss zumindest sechs Monate betragen.

Als Vergleichswert für den Mitarbeiterzuwachs werden die Beschäftigungsstände (dh die Anzahl der Beschäftigten) zum Zeitpunkt der Antragstellung sowie 12 Monate vor der Antragstellung herangezogen.

Für Unternehmen, die erst im Laufe der letzten 12 Monate vor Antragstellung gegründet wurden, gilt ein Ausgangswert von Null Mitarbeiter.

Abwicklung über Förderstelle

Der Bonus wird jährlich im Nachhinein ausbezahlt und beträgt 50 % der Lohnnebenkosten. Das bedeutet, dass der Unternehmer zunächst einmal die gesamten Lohnnebenkosten – wie gewohnt – tragen muss und die Förderung erst hinterher (hoffentlich) ausbezahlt erhält.

Im Bundesbudget wurden für diese Förderung insgesamt zwei Mrd Euro eingeplant. Die Fördermaßnahme endet, sobald dieser finanzielle Rahmen ausgeschöpft ist.

Als Abwicklungsstellen fungieren die **Austria Wirtschaftsservice GmbH** (aws) und die **Österreichische Hotel- und Tourismusbank** (ÖHT).

An der genauen Formulierung der Förderrichtlinien wird gerade gearbeitet. Sobald diese bekannt sind, werden wir wieder berichten. ■

ERSTMALS

Automatische Arbeitnehmerveranlagung

Im Rahmen der letzten Steuerreform wurde auch die sog antragslose Arbeitnehmerveranlagung (sog Jahresausgleich) beschlossen. Erstmals für das Jahr 2016 wird diese in den nächsten Monaten erstmals Realität werden.

Bei einer Arbeitnehmerveranlagung (kurz: ANV) unterscheidet man grundsätzlich zwei Fallgruppen:

- ▶ Die sog **verpflichtende ANV** für bestimmte im Einkommensteuergesetz dezidiert aufgelistete Fallkonstellationen (zB wenn mehrere Dienstverhältnisse gleichzeitig ausgeübt werden oder der Alleinverdienerabsetzbetrag zu Unrecht in der Lohnverrechnung berücksichtigt wurde). Bei solchen Pflichtveranlagungen kommt es regelmäßig zu Steuernachzahlungen – das ist auch der Grund für die Verpflichtung dazu.
- ▶ Die **freiwillige ANV** erfolgt nur auf Antrag eines Steuerpflichtigen. Für eine solche hat der Steuerzahler grundsätzlich fünf Jahre Zeit, um diese zu beantragen. Sehr oft wurde ein solcher Antrag gar nicht gestellt oder erst verspätet (und war daher nicht mehr wirksam).



Damit Steuergutschriften aus den Fällen einer freiwilligen ANV nicht mehr „ungenutzt“ beim Fiskus verbleiben, wurde im Rahmen der Steuerreform die sog **antragslose ANV** eingeführt. Diese wird nun erstmals für das Kalenderjahr 2016 umgesetzt. Von der Systematik her ist dafür vorgesehen, dass bei Steuerpflichtigen, die nur Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen und bei denen anzunehmen ist, dass sie keine Steuerabsetzposten geltend machen werden und trotzdem eine Steuergutschrift zu erwarten ist, eine Veranlagung ohne Antrag (also „vollautomatisch“) durch den Fiskus vorgenommen wird, wenn für einen solchen Fall nicht ohnehin vom Steuerpflichtigen bis Ende Juni des Folgejahres ein entsprechender Antrag gestellt wird. Ab Juli werden dann automatisiert die Steuerbescheide zugesandt werden.

Laut einer Info des BMF werden die betroffenen Steuerzahler heuer vorab noch eine spezielle Information erhalten, bevor das Prozedere in Gang gesetzt wird. ■

SEIT OKTOBER 2016 IM EINSATZ

Kontenregister: Konteneinsicht & Konteneinschau

Mit der letzten Steuerreform wollte man die Steuergerechtigkeit durch zusätzliche Maßnahmen fördern. Die Registrierkassenpflicht war eine Maßnahme, die Einrichtung des zentralen Kontenregisters eine andere. Dabei gibt es zwei Formen der Informationsgewinnung für den Fiskus.

Das zentrale Kontenregister

Wenn die Finanzverwaltung bisher wissen wollte, wo ein bestimmter Steuerpflichtiger überall Bankkonten hatte, musste der Fiskus alle Banksektoren bzw eigenständigen Kreditinstitute separat kontaktieren (ca 120 separate Schreiben waren dazu notwendig). Das war sehr aufwendig und hat viel Zeit benötigt.

Seit Oktober 2016 erhält die Finanz die Antwort darauf per Mausclick – das ist der Vorteil des zentralen Kontenregisters. Das Kontenregister ist eine zentrale Datenbank, in welcher alle Sparbücher, Girokonten, Bausparkonten und Wertpapierdepots geführt werden. Vorausgesetzt diese Konten bestehen bei Kreditinstituten in Österreich.

Die inländischen Banken müssen seit vergangenen Oktober Monat für Monat jeweils am 25. die aktualisierten Daten übermitteln: So werden Kontoänderungen und neue Konten schnell für den Fiskus bekannt. Einmal gespeicherte Daten müssen zehn Jahre gespeichert bleiben. Das sofortige Schließen eines „gefährlichen“ Bankkontos ist daher noch für eine Dekade sichtbar. Die Datenbank wurde erstmals mit den rückwirkenden Kontodaten zum 1. März 2015 gefüttert, nun sind also bereits etwas mehr als zwei Jahre im Datenbestand vorhanden.

Die Kontoeinsicht (in die äußeren Daten)

Kontoeinsicht ist das „harmlosere“ Instrument, denn damit wird nur auf die sog äußeren Kontodaten gegriffen. Hier sieht man auf einem Blick folgendes:

- **WER** (welche natürliche Person)
- **WAS** (Kontonummer/IBAN, seit wann)
- **WO** (bei welcher Bank)

Diese Kontoeinsicht kann jede Person für seine eigenen Konten nehmen. Wenn Sie das für sich selbst ausprobieren wollen, müssen Sie lediglich in das FinanzOnline einsteigen und die Abfrage tätigen. Neben dem Besitzer kann auch die Staatsanwaltschaft, Strafgerichte, Finanzstrafbehörden und das Bundesfinanzgericht diese Einsicht nehmen. Kurioserweise sind die Steuerberater nicht berechtigt, in die Konten ihrer eigenen Klienten Einsicht zu nehmen.

Zum Verständnis: Bei der Konteneinsicht sieht man **keine Kontobewegungen und keine Kontenstände!** Lediglich die

Fortsetzung auf Seite 4

Existenz eines zugeordneten Kontos wird bekannt.

Im Rahmen eines **normalen Veranlagungsverfahrens** (also nach Einreichung einer Steuererklärung, bevor der Steuerbescheid erstellt wird) ist für die Finanz grundsätzlich keine Einsichtnahme zulässig. Nur ausnahmsweise bei Bedenken gegen die Richtigkeit einer Steuererklärung und nur dann, wenn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde und dort dem Steuerpflichtigen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde (das geschieht durch sog Bedenkenvorhalte) ist eine Konteneinsicht zulässig.

Anders verhält es sich **im Rahmen einer (bevorstehenden) Betriebsprüfung**: In diesen Fällen kann eine Konteneinsicht durchgeführt werden, wenn dem Fiskus dies für zweckmäßig und angemessen erscheint. Sehr oft wird diese Konteneinsicht als Vorbereitungshandlung für eine Betriebsprüfung (Außenprüfung) getätigt werden. So kommt der Betriebsprüfer das erste Mal zum Unternehmer und kann diesem zur Begrüßung zB gleich die Frage stellen, warum er zehn Sparbücher benötige.

Das Ergebnis der Einsicht muss dem Steuerpflichtigen nämlich zu Beginn der Prüfung mitgeteilt werden. Danach hat eine Befragung des Steuerpflichtigen zu erfolgen und zwar unter Wahrung des Bankgeheimnisses. Daher ist die Anwesenheit weiterer Personen (zB des eigenen Steuerberaters) nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Betroffenen möglich. Über die Befragung muss eine eigene Niederschrift angefertigt werden.

Praxishinweis

Wenn eine Kontoeinsicht vorgenommen wird, muss der Betroffene über FinanzOnline über die durchgeführte Abfrage verständigt werden. Der Steuerberater des Betroffenen erhält hingegen keine Verständigung!

Die Kontoeinschau (in die inneren Daten)

Bei einer Kontoeinschau wird eine **Kontenöffnung** vorgenommen, dh auch die einzelnen Bewegungen am Konto sowie der Kontostand kann abgefragt werden. Damit wird das Bankgeheimnis gegenüber dem Fiskus durchbrochen.

In der Vergangenheit konnte eine solche Kontenöffnung nur im Rahmen eines Strafverfahrens vom Gericht bzw vom Staatsanwalt, im Rahmen eines Finanzstrafverfahrens oder im Todesfall vom Verlassenschaftsgericht veranlasst werden. Nun ist auch eine Einschau durch die Abgabenbehörden vorgesehen. Dabei ist wieder zwischen einem Veranlagungsverfahren und einem Prüfungsverfahren zu unterscheiden.

Im **regulären Veranlagungsverfahren** muss die Finanz an Voraussetzungen

- **begründete Zweifel an der Richtigkeit der Angaben** in einer Steuererklärung hegen und
- es muss zu erwarten sein, dass durch die Konteneinschau **diese Zweifel aufgeklärt** werden können und
- es muss erwartet werden, dass der Eingriff im Verhältnis zum schutzwürdigen Bankgeheimnis **nicht unverhältnismäßig** zum Zweck der Ermittlungsmaßnahme steht.

Aufgrund dieser strengen Voraussetzungen muss die Finanz auch hier zuerst den Steuerpflichtigen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zur Informationsherausgabe auffordern.

Im Rahmen einer **Betriebsprüfung** ist die Konteneinschau nur zulässig, wenn der geprüfte Unternehmer nicht in der Lage oder nicht bereit ist, fehlende Unterlagen beizubringen. Dabei muss die Konteneinschau vorher angekündigt werden.

Eine solche Konteneinschau muss vor deren Durchführung beim BFG (Bundesfinanzgericht) schriftlich beantragt und vom BFG auch bewilligt werden. Das BFG muss innerhalb von drei Tagen ab Antrag entscheiden. Gegen den Beschluss des BFG ist der Rekurs als Rechtsmittel zulässig, allerdings kommt diesem Rekurs keine aufschiebende Wirkung zu (das Ergebnis dieses Rechtsmittel muss nicht abgewartet werden). Erfolgt eine Konteneinschau zu Unrecht, dann dürfen diese Unterlagen nicht als Beweismittel verwertet werden.

Die ersten Monate seit Existenz der Konteneinschau haben gezeigt, dass bisher nur ganz wenige Anträge gestellt wurden und das BFG (erfreulicherweise) fast alle Anträge abgelehnt hat. ■

PREDICTIVE ANALYTICS

Risikofallanalyse der Finanzverwaltung

Seit einigen Monaten finden zahlreiche Betriebsprüfungen nur deswegen statt, weil die EDV der Finanzverwaltung neu entwickelte Kennzahlen verwendet, um Risikofälle leicht ausfindig zu machen. Dadurch sollen Betriebsprüfungen effizienter werden. Man nennt das Predictive Analytics.

Im BMF wurde ein eigenes Predictive Analytics Competence Center (PACC) eingerichtet, welches im Juni 2016 einen Leitfaden für diese Risikoanalyse erarbeitet hat. Das Ziel liegt im leichteren Aufspüren von Steuersündern, weil EDV-mäßig Verhaltensmuster und Kennzahlen von Täterprofilen verglichen werden mit den Kennzahlen der übrigen Steuerpflichtigen. Die spezielle Software berechnet schließlich die **statistische Wahrscheinlichkeit**, ob ein Prüfungsfall eine **Nachforderung** (Steuernachzahlung) von **mehr als 10.000,- Euro** ergibt. Und dort geht die Finanzverwaltung dann „nachschaun“, denn hier sollte ja das „schnelle Geld“ gemacht werden. Die Arbeit der Betriebsprüfer soll dadurch effizienter werden, weil man zielgerichteter jene Fälle prüft, bei denen auch „etwas zu holen“ ist. Bisher gab es viele Prüfungsfälle mit sehr geringen Steuernachzahlungen. Aber das soll sich nun ja ändern.

Als Risikobranchen gelten zB nicht nur Gastronomiebetriebe, sondern auch Architekten- und Ingenieurbüros und Rechtsanwälte sowie Fachärzte.

Eine „Steuernummer“ gilt demnach dann als Risikofall, wenn mehrere Kennzahlen zugleich „auffällig“ sind. Sehr oft ergibt sich aber im Rahmen der daraus resultierenden Betriebsprüfung, dass die Kennzahlen gar nicht so wirklich auffällig sind Ist das etwa der „Sturm im Wasserglas“? ■